



BERLIN AKTUELL

Ausgabe 192
05. April 2019

EINWURF

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vor 70 Jahren, am 4. April 1949, wurde mit der Unterzeichnung des Washingtoner Vertrages die NATO gegründet. 1955 ist die Bundesrepublik dem Bündnis beigetreten. Seitdem ist die NATO integraler Bestandteil der deutschen Verteidigungs- und Außenpolitik und Garant für Frieden und Sicherheit in Nordamerika und Europa. Der NATO verdankt Deutschland die feste Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft und die Stabilität seines politischen Systems.

Mit dem von der Union initiierten Antrag „70 Jahre NATO- Das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit stärken“ haben wir in dieser Sitzungswoche die Bedeutung der NATO für Deutschland gewürdigt. Zugleich haben wir die Bundesregierung aufgefordert, sich zu den Vereinbarungen in der NATO zu bekennen und auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur fairen Lastenteilung im Bündnis zu leisten. Denn die NATO ist nur so stark, wie ihre Mitgliedstaaten sie machen. Die Einhaltung des 2%-Ziels ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion elementar für die künftige Verteidigungs- und Außenpolitik Deutschlands und nicht verhandelbar.

Herzliche Grüße
Ihr Patrick Schnieder

INNERE SICHERHEIT

Sicherheit in Deutschland nimmt zu

Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik für 2018 zeigt: Deutschland ist im vergangenen Jahr sicherer geworden. Die erfassten Straftaten gingen abermals zurück und befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit 1992. Das ist umso erfreulicher, da auch die Aufklärungsquote mit 57% auf einem neuen Höchststand ist.

der Haupttätergruppe solcher Angriffe, unter 25-jährigen Männern, erzielen Fahrverbote oftmals eine bessere Wirkung als Geld- oder Freiheitsstrafen. Zu einem Starken Staat gehört aber auch, dass Gerichte die Strafgesetze konsequent anwenden. In meinen Augen ist es in diesem Zusammenhang wenig förderlich, dass bei 18-20-jährigen Straftä-

#StarkerStaat
Deutschland spricht über den Rechtsstaat.

Jetzt mitdiskutieren!



Trotz dieses insgesamt positiven Trends birgt die Kriminalstatistik auch ein wenig Schatten. Insbesondere der enorme Anstieg der Gewalt gegen Polizeibeamte und andere Sicherheitskräfte um fast 40% trübt das Bild. Aufgrund der Zunahme von Angriffen auf Polizeibeamte, hat der Bundestag auf Initiative der Union bereits 2017 beschlossen, dass derartige Angriffe künftig härter bestraft werden. Das Höchststrafmaß beträgt seitdem fünf anstatt drei Jahren. Gerichte haben darüber hinaus auch die Möglichkeit, mit Fahrverboten gegen Straftäter vorzugehen. Gerade bei

tern oftmals noch das Jugendstrafrecht zur Geltung kommt. Auch hier sollte der Staat ein klares Zeichen setzen: Polizeibeamte verdienen unseren Dank und Respekt. Gewalt gegen sie ist kein Kavaliersdelikt und wird hart bestraft.

Eine besonders positive Entwicklung weist die Kriminalstatistik indes im Bereich der Wohnungseinbrüche auf. Sie gingen im Jahresvergleich um 16,3% zurück und auch die Aufklärungsquote nahm leicht zu. Das zeigt nicht nur, dass die Polizei einen guten Job macht, sondern auch, dass die Maßnahmen, die

die Regierungskoalition in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht hat, wirken. Die eingeführte Mindeststrafe von einem Jahr sowie die Höchststrafe von 10 Jahren schrecken potentielle Einbrecher offenbar ab. Denn eine Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit kommt seitdem nicht mehr in Betracht. Auch das KfW-Förderprogramm zum Einbruchschutz haben wir neu aufgelegt und mit 65 Millionen Euro

finanziell aufgestockt. Auf Bundesebene haben wir zudem die Stellen bei der Polizei deutlich erhöht. An dieser Stelle sind jedoch auch die Bundesländer gefordert, die Sicherheitsbehörden personell adäquat auszustatten. Die rheinland-pfälzische Landesregierung versäumt dies leider seit Jahrzehnten. Rheinland-Pfalz hat aufgrund dessen seit Jahren die niedrigste Polizeidichte unter allen Bundesländern. Dies ist si-

cherlich auch ein Grund dafür, dass die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen in Rheinland-Pfalz weit unterhalb des Bundesdurchschnittes liegt.

Die Union steht für einen starken Staat, der seine Bürger schützt und auf den sich die Menschen verlassen können. Die Kriminalitätsstatistik 2018 ist ein Beleg dafür.

SCHWÄTZCHEN

Diskussionsrunde in Gillenfeld zur Zukunft des ländlichen Raums ein voller Erfolg



Foto: Schlifter

Im Rahmen meines Gesprächsformates „Schwätzchen mit Schnieder“ stand ich in der vergangenen Woche den Ortsbürgermeistern und Ratsmitgliedern aus den „Pulvermaargemeinden“ und weiteren interessierten Zuhörern in Gillenfeld Rede und Antwort. Zentraler Gegenstand der Diskussionsrunde war die Frage der Zukunftsfähigkeit der Region, die als ländlich strukturierter Raum vor einer Vielzahl von Herausforderungen steht. Digitalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel, Landflucht – die großen Entwicklungen unserer Zeit betreffen den ländlichen Raum in besonderer Weise. Doch jede dieser Entwicklungen ist Herausforderung und Chance zugleich. Mir war es daher wichtig, bei meinem Gespräch in Gillenfeld sowohl das Chancenpotenzial dieser Veränderungen zu betonen, aber auch deutlich darauf hinzuweisen, dass alle Akteure – Bund, Land, Kommunen und Unternehmen – die Grund-

lagen dafür schaffen müssen, dass diese Chancen auch genutzt werden können. Neben der Verkehrsanbindung und den Mobilitätsangeboten der Region standen die Fragen der Netzabdeckung mit Mobilfunk und mobilen Daten sowie der ärztlichen Versorgung im Mittelpunkt des Austauschs.

Ich begreife es als meine wichtigste Aufgabe als gewählter Abgeordneter, vor Ort präsent zu sein und Bedenken und Ideen auszutauschen. Ich bin dankbar für die vielfältigen Anregungen und ich werde in Berlin weiterhin mein Möglichstes tun, um für die beschriebenen Probleme Lösungen zu entwickeln und die Weichen für eine gute Zukunft der Region stellen.

Haben auch Sie Interesse an einem „Schwätzchen“ mit mir? Zur Terminvereinbarung erreichen Sie mein Büro unter 030 227 71881.

WAHLKREIS

Bibellesung in Klausen



Foto: Schnieder

Bei der Bürger-Bibellesung in der Wallfahrtskirche Klausen durfte ich als bislang 50. Vorleser Ausschnitte aus der Geschichte Salomos (1 Kön 1-11) lesen. Anschließend fand ein reger und sehr interessanter Austausch statt. Vielen Dank an die Organisatoren und alle Anwesenden!

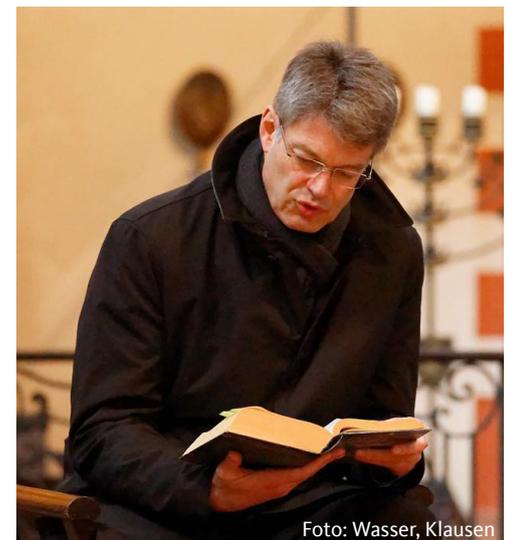


Foto: Wasser, Klausen

WIRTSCHAFT

Carsten Linnemann MdB zu Gast bei der MIT Wittlich



Foto: MIT



Foto: MIT

Ende März war der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU Carsten Linnemann MdB zu Gast in Osann-Monzel. Eingeladen hatte die Vorsitzende des MIT Kreisverbandes Bernkastel-Wittlich, Dr. Kristina Brixius. Unter dem Titel „Mittelstand - Quo vadis“ haben wir über die derzeitigen Herausforderungen im Mittelstand diskutiert. Be-

sonders gefreut habe ich mich, dass der Ehrenvorsitzende der MIT und mein Vorgänger als Bundestagsabgeordneter Peter Rauen die Runde bereichert hat.

Im Vorfeld der Diskussionsrunde haben wir gemeinsam mit VG-Bürgermeister Dennis Junk, Ortsbürgermeister Armin Kohnz und dem Ortsverbandvorsitzenden Rainer Ernst Weber-Stahl in Groß-

littgen (unten rechts) und Matheus Industrie-Automation in Osann-Monzel (unten links) einen Besuch abgestattet.

Dabei haben wir einen äußerst interessanten Einblick in zwei der erfolgreichsten Unternehmen der Region und einen aufschlussreichen Bericht aus der Praxis erhalten.



Foto: MIT



Foto: MIT

BESUCHERGRUPPE

Besuch aus Bitburg



Foto: Schnieder

In dieser Woche durfte ich die 11. Klasse des St.-Willibrord-Gymnasiums Bitburg im Bundestag begrüßen. In unserem Gespräch habe ich vom Alltag eines Bundestagsabgeordneten berichtet. Anschließend stand eine Diskussion zur Mobilität im ländlichen Raum, Mobilfunkversorgung und zum Klimaschutz auf dem Programm. Ich bedanke mich für die angeregte Debatte!

BUNDESPARTEI

CDU-Bundesfachausschuss „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land“ nimmt Arbeit auf



Foto: CDU/Christiane Lang

In Berlin fand in dieser Woche die konstituierende Sitzung des CDU-Bundesfachausschusses „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land“ statt. Paul Ziemiak hat mich in den Bundesfachausschuss berufen. Dort entwickeln wir Positionen für unsere Partei und bringen diese in die politische Diskussion ein. Unser Ziel ist es, Zukunftsvorstellungen für das Leben in der Stadt und auf dem Land zu erarbeiten, aber ebenso konkrete Lösungen für derzeitige Probleme aufzuzeigen.

Die Bundesfachausschüsse spielen insbesondere bei der Erarbeitung des neuen CDU-Grundsatzprogramms eine wichtige Rolle. Als Abgeordneter eines

ländlichen geprägten Wahlkreises habe ich dabei naturgemäß die Belange der Bevölkerung auf dem Land besonders im Blick. Wie stellen wir eine flächendeckende medizinische Versorgung, Breitbandverbindung und Netzabdeckung mit Mobilfunk und mobilen Daten ohne graue Flecken sicher? Wie können wir das Ehrenamt, welches von immenser Bedeutung für die ländlichen Räume ist, stärker von Bürokratie entlasten? Und wie schaffen wir es, die Chancen, die sich durch die Digitalisierung für ländliche Regionen ergeben, optimal zu nutzen? All diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses. Ich freue mich, meine Ideen hier einbringen zu können.

EUROPA

Deutsch-Französische Versammlung tritt erstmals zusammen



Foto: Assemblée nationale

In der vergangenen Woche hat sich die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung in Paris konstituiert.



Foto: Patrick Schnieder

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den Kollegen der Assemblée nationale.

POSTSKRIPTUM

P.S.: Am Rande bemerkt...

... bin ich entsetzt über den Beschluss der Berliner SPD, Jugendoffizieren der Bundeswehr den Besuch an Schulen zu verbieten.

Die Soldaten der Bundeswehr verdienen Anerkennung und Dank für den wertvollen Dienst, den Sie für unsere Sicherheit leisten. Der Beschluss der Berliner SPD ist Populismus pur und tritt zudem das Andenken an Helmut Schmidt und sein Leitbild des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ mit Füßen. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und im Grundgesetz verankert. Wenn die Vertreter der SPD selbst einmal einen der Vorträge besucht hätten, wüssten sie über das Grundgesetz vermutlich besser Bescheid.

Die Jugendoffiziere informieren mit ihren Besuchen Schüler über die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Deutschlands und leisten damit eine unverzichtbare Aufklärungsarbeit. Gerade kontroverse Diskussionen über die Bundeswehr und ihren Auftrag kommen dabei nicht zu kurz. Die Behauptung der SPD, die Soldaten würden fürs Töten und Sterben werben, ist angesichts dessen an Respektlosigkeit kaum zu überbieten und ein Schlag ins Gesicht unserer Soldaten.

Kritik am Beschluss der Berliner SPD kam auch aus den eigenen Reihen. Beispielsweise bezeichnete Thomas Oppermann den Beschluss als „Unsinn“ und forderte seine Berliner Genossen auf, sich künftig von Schulen fernzuhalten. Den Sozis gelingt es damit mal wieder auf unnachahmliche Art in alle Richtungen zu blicken. Eigentlich müsste man drüber lachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Die Union steht jedenfalls fest an der Seite unserer Soldaten.

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.:
 Patrick Schnieder MdB • Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 Tel.: 030/227 71881 • Fax: 030/227 76240
[E-Mail](#) • [Webseite](#) • [Facebook](#)
[Twitter](#) • [Youtube](#)